

Fahrverbot für Riesencamions

Der Landrat will mit Standesinitiative die Zulassung von Gigalinern verhindern

THOMAS GUBLER

Das Baselbieter Kantonsparlament fordert mit einer nahezu einstimmig überwiesenen Standesinitiative vom Bund, 60-Tonnen-Lastwagen unter keinen Umständen zuzulassen.

Urs von Bidder (EVP), der Präsident der Justiz- und Sicherheitskommission, machte aus seiner Abneigung keinen Hehl: «Nicht alles, was technisch machbar ist, ist auch sinnvoll. Gigaliner von 60 Tonnen und 25 Meter Länge sind definitiv nicht», sagte er und empfahl die von der Kommission ausgearbeitete Standesinitiative zur Annahme.

Noch bevor die EU-Kommission über eine Zulassung dieser Outback-Riesencamions entscheide, soll sich die Schweiz dagegen aussprechen. Die Nachteile, so Urs von Bidder weiter, würden allfällige Vorteile wie die etwas geringere Umweltbelastung pro Frachtmenge bei Weitem übersteigen. So wäre eine Zulassung nicht zuletzt mit kostspieligen Anpassungen der Strasseninfrastruktur verbunden.

EIN ZEICHEN SETZEN. Für einmal liess sich der Landrat leicht überzeugen. Kein einziger Fraktionssprecher votierte gegen das Vorhaben. Mehrfach wurde auch betont, dass mit einer Zulassung der Gigaliner das Verfassungsziel der Verlagerung der Gütertransporte auf die Schiene grundsätzlich infrage gestellt würde. Und für Kathrin Schweizer (SP) ging es bei der Initiative nicht zuletzt da-

Unerwünscht. Riesencamions von 60 Tonnen und 25 Metern Länge sind gemäss Landrat für die Schweiz definitiv nicht sinnvoll. Foto Keystone



rum, ein klares Zeichen gegenüber den Bundesbehörden zu setzen, damit diese nicht wie seinerzeit bei der Erhöhung der Gewichtslimite von 28 auf 40 Tonnen einknickten. Mit 78 gegen nur gerade eine Stimme, bei zwei Enthaltungen, wurde die Standesinitiative dann auch überaus deutlich überwiesen. Des Weiteren will der Landrat mit seiner Initiative erreichen, dass die heute geltende maximale Länge der Fahrzeuge von 18,75 Metern bundesrechtlich festgeschrieben wird. Die SP-Fraktion wollte diesbezüglich noch weiter gehen und

zusätzlich eine maximale Breite und eine maximale Höhe festschreiben lassen. Der Antrag scheiterte jedoch mit 53 Nein- zu 30 Ja-Stimmen. Das Maximalgewicht von 40 beziehungsweise 44 Tonnen ist bereits gesetzlich geregelt und bedarf keiner Anpassung.

ACHT WEITERE KANTONE. Das Anliegen des Kantons Baselland findet übrigens auch in anderen Kantonen Unterstützung. Acht weitere Kantone hätten ähnliche Standesinitiativen verabschiedet, erklärte Sicherheitsdirektorin Sabine

Pegoraro, die sich ebenfalls für eine Überweisung stark gemacht hatte. Unter ihnen sind die beiden Nachbarn Aargau und – seit Mittwoch – Solothurn sowie die Innerschweizer Kantone Luzern, Uri und Nidwalden. Und auch der Ständerat hatte sich in der vergangenen Sommersession gegen Gigaliner ausgesprochen.

Die Standesinitiative geht zurück auf eine Motion der Sozialdemokratin Kathrin Schweizer, die der Landrat am 17. Juni 2010 mit 68 gegen 6 Stimmen überwiesen hat.

nachrichten

Kanton soll dezentraler organisiert werden

AUFGABENTEILUNG. Im Baselbiet steht eine grundsätzliche Überprüfung der Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden bevor. Ein Postulat von Klaus Kirchmayr (Grüne), Thomi Jourdan (EVP) und Karl Willimann (SVP) wurde diskussionslos überwiesen. Ziel des Vorstosses ist es, «den Zentralisierungsgrad des Kantons deutlich zu senken und die Aufgabenkompetenzen wieder näher an die Front zu bringen».

Besserer ÖV für Allschwil wird geprüft

S-BAHN UND TRAM. Der Landrat hatte gestern über mehrere Vorstösse zu Themen des öffentlichen Verkehrs zu entscheiden: Während ein Postulat von Rita Bachmann (CVP), das eine Führung der Tramlinie 14 via Bahnhof SBB vorgeschlagen hatte, von der Ratsmehrheit abgelehnt wurde, wurden zwei Postulate zur ÖV-Anbindung von Allschwil ohne Diskussion an die Regierung überwiesen: Josua Studer (parteilos) fordert, die Verlängerung der Tramlinie 8 nach Allschwil zu prüfen. Simon Trinkl (Grüne) möchte die S-Bahnen aus dem Birs- und Ergolzthal bis Basel St. Johann verlängern und diese an einer neuen Haltestelle beim Morgartenring halten lassen – eine Forderung, welche die Verkehrskommissionen beider Basel quasi uneingeschränkt teilen. skm

Nordtangente mit Allschwil-Zubringer

BASLER RICHTPLAN. Mit 47 zu 23 Stimmen bei 4 Enthaltungen hat das Parlament ein Postulat von Felix Keller (CVP) überwiesen, das die Chancen für einen Allschwiler Nordtangenzubringer erhöhen soll. Die Regierung muss jetzt abklären, ob Basel-Stadt «gewillt ist, den Anschluss wieder in den Richtplan aufzunehmen»; zudem soll eine «gemeinsame Realisierung» des Projekts vorangetrieben werden.

Lehrlinge werden weiter beschäftigt

MINDESTENS EIN JAHR. Lehrlingen der Kantonsverwaltung soll nach Lehrabschluss die Weiterbeschäftigung für mindestens ein Jahr zugesichert werden können: Der Landrat hat am Donnerstag ein entsprechendes Postulat von Eva Chappuis (SP) mit 43 zu 35 Stimmen an die Regierung überwiesen.

Neue Finanzierung für das Frauenhaus

PARTNERSCHAFTLICH. Der Landrat hat ein neues Finanzierungsmodell für das Frauenhaus beider Basel in zweiter Lesung ohne Gegenstimme verabschiedet. Das Frauenhaus wird künftig von beiden Basel partnerschaftlich getragen. SDA

Launiger Millionen-Talk

Sparübungen bei laufenden Strassenprojekten abgelehnt

GEORG SCHMIDT

Bei den Projekten für einen H18-Vollanschluss in Aesch Nord und für die Umfahrung Liestal werden keine rigorosen Obergrenzen bei den Kosten festgelegt.

Obwohl es um den Strassenbau und ums Sparen ging, hatte die Diskussion über zwei Postulate von Isaac Reber (Grüne) teils launige Züge. Vielleicht lag dies auch an der vorgerückten Stunde (und der

Aufwendungen von 190 auf maximal 100 Millionen reduziert werden.

Krähenbühl macht in beiden Fällen auf frühere Entscheide des Landrats aufmerksam – so auf den bewilligten Projektierungskredit für den Aescher Anschluss – und warnte vor unerwünschten Verzögerungen und Abstrichen. Im Fall der Umfahrung Liestal, so hiess es ausserdem, sei die Sanierung schlicht unumgänglich.

GOLDBELAG. «Wir müssen die anstehenden Projekte und den jeweiligen Ausbaustandard konsequent prüfen», sagte Reber. «190 Millionen Franken für 1,5 Kilometer Umfahrung – das können wir einfach nicht laufen lassen», insistierte er. Reber musste sich aber belehren lassen, dass die Verwaltung bei der Umfahrung bereits jetzt auf Geheiss des Landrats gehalten ist, Varianten und eine Etappierung zu prüfen. Ein halber Millimeter goldener Belag tue es auch, sagte Klaus Kirchmayr zur Unterstützung seines Fraktionskollegen Reber – worauf Rolf Richterich (FDP) erwiderte, Gold sei als Strassenbelag ungeeignet, weil es schlechte Hafteigenschaften habe.

Das Postulat zu Aesch wurde mit 31 zu 45 Stimmen, jenes zu Liestal mit 11 zu 66 Stimmen abgelehnt.

Beitritt obligatorisch

Anschlusspflicht an Wärmeverbund soll möglich werden

MOTION GUTGEHEISSEN. Damit ein Wärmeverbund längerfristig wirtschaftlich arbeiten kann, sollen Gemeinden eine Anschlusspflicht an die Fernwärmeversorgung verfügen können. Zumindest bei Neubauten und bei Ersatz der Heizung. Die entsprechende Rechtsgrundlage soll in die kantonale Gesetzgebung aufgenommen werden. Der Landrat hat gestern nach längerer Diskussion

eine entsprechende Motion von Agathe Schuler (CVP) mit 45 gegen 34 Stimmen gutgeheissen. Gegen die Motion stimmten SVP und FDP. SVP-Fraktionschef Thomas de Courten befürchtete von einer «Monopolisierung» der Fernwärme eine Ausschaltung des Wettbewerbs. Schuler wies dagegen darauf hin, es gehe lediglich um einen Kompetenzartikel für die Gemeinden. Gu

Lockerung gefordert

Denkmal- und Heimatschutzgesetz wird überprüft

FDP-VORSTOSS. Der Landrat will den Denkmalschutz lockern: Er hat eine Motion aus der FDP-Fraktion an den Regierungsrat überwiesen, die eine Überprüfung des Denkmal- und Heimatschutzgesetzes verlangt. Der Widerstand der SP blieb ohne Erfolg. Die Überprüfung solle mit Blick auf die Rechts- und Planungssicherheit, den Eigentumschutz und Energiemassnahmen erfolgen, hiess es im Vorstoss. Die FDP

begründete ihre Forderung vor allem mit der Praxis der Denkmalschutzorgane, die kaum berechenbar für Hauseigentümer sei.

Ebenso heisst der Landrat ein FDP-Postulat gut, demgemäss das Bauinventar des Kantons nur noch behördenintern, aber nicht mehr nach aussen, etwa gegenüber Bauherren, verwendet werden dürfe. Auch dieser Vorstoss zielte gegen die Anwendung durch die Denkmalpflege. SDA



sich einstellenden Müdigkeit der Ratsmitglieder) – die beiden Vorstösse wurden ganz zum Schluss der gestrigen Landratsitzung behandelt.

Reber möchte beim Vollanschluss Aesch Nord die Kosten auf 30 Millionen Franken drücken; sie betragen gemäss seinen Angaben aktuell 55, gemäss Baudirektor Jörg Krähenbühl 45 Millionen Franken. Bei der Umfahrung Liestal sollen die

im vorzimmer

George W. Bushs Memoiren als Lesefutter für Baselbieter Parlamentarier

SCHLÜSSELMOMENTE. Er verschluckte sich an einer Brezel und verlor dabei fast das Leben; die englische Queen machte er während einer Rede 200 Jahre älter: George W. Bush wird nicht wegen seiner Intelligenz in die Annalen eingehen, sondern vielmehr als einer der unbeliebtesten Präsidenten in der Geschichte Amerikas. Ob er mit der kürzlich in den USA veröffentlichten Autobiografie «Decision Points» (Schlüsselmomente) seinen Ruf retten kann, bleibt offen. Trotzdem stossen seine Memoiren überall auf reges Interesse. Auch im Baselbieter Parlament gibt es einige, die das Buch von und über George W. Bush lesen möchten: Biografien sind dort allgemein beliebtes Lesefutter. kr



Klaus Kirchmayr. (Grüne)

«Sicher einseitig geschrieben»

«Biografien sind immer spannend und Geschichte interessiert mich sehr. Darum kann ich mir gut vorstellen, demnächst Bushs Memoiren zu lesen, auch wenn sie sicher sehr einseitig geschrieben sind. Kaufen werde ich das Buch aber nicht – ich spekuliere darauf, dass es mir geschenkt wird.»



Monica Gschwind. (FDP)

«Rechtfertigungen interessieren nicht»

«Bushs Memoiren werde ich nicht lesen, seine Rechtfertigungen interessieren mich nicht mehr. Wenn es schon eine Biografie sein müsste – ich lese privat kaum Fachliteratur, sondern lieber Belletristik –, dann eine über Franz Steinegger. Die würde ich lesen, obwohl es kein Roman ist.»



Karl Willimann. (SVP)

«Gespannt, wie er Lüge umschreibt»

«Ich möchte das Buch unbedingt lesen, vor allem, nachdem ich schon Blairs Memoiren überflogen habe. Ich bin gespannt, wie Bush die Lüge umschreibt, mit der er den Irakkrieg auslöste. Die von ihm verbreitete Theorie der Massenvernichtungswaffen habe ich nie geglaubt.»



Ruedi Brassel. (SP)

«Warte lieber auf sachliches Buch»

«Ich glaube nicht, dass Bush in seinen Memoiren eine kritische Aufarbeitung seines Lebens vorgenommen hat – und seine Selbstbeweihräucherungen interessieren mich nicht. Da warte ich lieber auf ein Buch, das sich sachlich, distanziert und fundiert mit der Person George W. Bush auseinandersetzt.»



Sara Fritz. (EVP)

«Erst, wenn alles andere gelesen»

«Wegen Prüfungsstress komme ich kaum zum Lesen. Darum stapeln sich bei mir die Bücher, darunter viele Biografien, zum Beispiel von Hillary Clinton oder Ruth Metzler. Gut möglich, dass ich auch Bushs Memoiren lesen werde; allerdings erst, wenn ich mit allen anderen Büchern durch bin.»